



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kassel, 17. März 2023 | Ausgabe Nr. 125

# INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

im Bundestag schlossen wir diese Woche die Wahlrechtsreform ab und setzten damit ein maßgebliches Vorhaben des Koalitionsvertrages um. Wir haben versprochen, das Wahlrecht zu reformieren und den Bundestag dauerhaft

zählt gleich viel. Wir behalten die Bezeichnung Erst- und Zweitstimme bei, zudem wird es eine einfache 5-Prozent-Hürde geben, die Grundmandatsklausel fällt also künftig weg.

kann das Deutschlandticket ab April 2023 im Abo gekauft werden. Es ist ab Mai gültig, monatlich kündbar und wird übergangsweise auch in Papierform angeboten.

## Seat of the day

### The Pioneer



\*04.01.1976,  
Marburg

Wahlkreis:  
Kassel

Beruf:  
Diplom-Politologe

Unverzichtbar für mich:  
Politik, Kaffee, Nordseeurlaube, mein Mann

Lieblingskollege/in:  
Michael Roth und Kaweh Mansoori

Mein Thema:  
Die Umsetzung der dezentralen, erneuerbaren Energiewende

Was viele nicht über mich wissen:  
Ich habe alle Folgen der Lindenstraße gesehen. Sonntags um 18:50 Uhr verspüre ich noch immer Phantomschmerzen.



**Timon Gremmels**

SPD-Bundestagsabgeordneter

Hauptstadt • Das Briefing

## Demokratieförderungsgesetz

Auf der Tagesordnung dieser Woche stand auch das Demokratieförderungsgesetz. In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass die größte Bedrohung unserer Demokratie von rechts kommt. Die Anschläge in Halle und Hanau sind schreckliche Beispiele dieser Bedrohung. Mit dem Demokratieförderungsgesetz schaffen wir erstmals die gesetzliche Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf.

## Deutschlandticket

In dieser Woche gaben wir ebenfalls grünes Licht für die Finanzierung des Deutschlandtickets – damit kann die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat am 1. Mai für 49 Euro im Monat starten. 1,5 Milliarden Euro bekommen die Länder dafür jährlich vom Bund. Wenn der Bundesrat zustimmt,

## Schließung von 52 Galeria-Warenhäusern

Auch wenn die Filiale in Kassel erhalten bleibt: Die Schließung von 52 Galeria-Warenhäusern ist eine bittere Nachricht für tausende Beschäftigte bundesweit. Und für viele Innenstädte, denn die Kaufhäuser waren fester Bestandteil der Fußgängerzonen. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil hat bereits klargemacht, dass wir solidarisch an der Seite der Arbeitnehmer\*innen stehen und ihnen mit unseren Möglichkeiten dabei helfen werden, möglichst schnell eine neue Beschäftigung zu finden. Vor allem der Eigentümer ist nun gefragt, seine Beschäftigten auf diesem schwierigen Weg zu begleiten. Der Weg über eine Transfergesellschaft erscheint uns dabei der Richtige zu sein. Für die verbliebenen Kaufhäuser muss schnell ein tragfähiges Zukunftskonzept ausgearbeitet werden, damit die rund 11.000 Arbeitsplätze in den verbleibenden Warenhäusern eine sichere Perspektive erhalten.

Euer

zu verkleinern. Mit unserem Vorschlag legen wir eine künftige Regelgröße von 630 Abgeordneten fest. Mit aktuell 736 Abgeordneten haben wir eine Rekordanzahl erreicht, die deutlich über der Regelgröße liegt. Künftig wird es keine Überhang- und keine Ausgleichsmandate mehr geben. Jede Stimme



Finanzierung für das Deutschlandticket

## Ab Mai gibt es die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat

Grünes Licht für einen günstigen öffentlichen Nahverkehr: Diese Woche beschlossen wir im Bundestag die Finanzierung des Deutschlandtickets. Damit kann die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat am 1. Mai für 49 Euro im Monat starten. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes berieten wir in dieser Woche abschließend in 2./3. Lesung.

1,5 Milliarden Euro bekommen die Länder dafür jährlich vom Bund. Die Bundesländer leisten ihren Beitrag in derselben Höhe. Falls Mehrkosten entstehen, werden diese im ersten Jahr hälftig zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Das Deutschlandticket soll 2023 und 2024 evaluiert werden.

Als nächstes muss der Bundesrat zustimmen – dieser befasst sich am 31. März damit. Dann kann das Deutschlandticket ab April 2023 im Abo gekauft werden. Es ist ab Mai gültig, monatlich kündbar und wird übergangsweise auch

in Papierform angeboten. Mit dem Ticket können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland genutzt werden.

Das Deutschlandticket revolutioniert den öffentlichen Nahverkehr. Mit dem Ticket wird Mobilität nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendler\*innen und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende.







Demokratieförderung langfristig absichern

## Unser Gesetz gegen Demokratiefeinde

In den vergangenen Jahren hat die Bedrohung durch den Rechtsextremismus hierzulande zugenommen. Die Anschläge in Halle und Hanau sind schreckliche Beispiele dieser Entwicklung. Wir brauchen eine starke und wehrhafte Demokratie, in der alle Menschen in Würde und Freiheit leben können. Millionen von Bürger\*innen engagieren sich in Vereinen, Verbänden und Projekten, um sich für die Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einzusetzen. Die Demokratie lebt vom Engagement der demokratischen Zivilgesellschaft. Nun sorgen wir dafür, dass diese Arbeit langfristig abgesichert werden kann: Mit einem Demokratiefördergesetz.

Ziel des Regierungsentwurfs (den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten) ist es, Projekte zur Demokratieförderung, zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt und zur Extremismusprävention vor Ort verlässlich und bedarfsorientiert fördern zu können.

Bislang konnten Projekte nur für eine begrenzte Zeit gefördert werden, weil es keine gesetzliche Grundlage für die längerfristige Förderung gab.

Das Demokratiefördergesetz schafft erstmals einen gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Förderung und Stärkung der Demokratie und der Prävention jeglicher Form von Extremismus. Projekte können so längerfristig gefördert und besser geplant werden.

Aktuell fördert der Bund zahlreiche Projekte mit steigenden finanziellen Mitteln. Standen 2016 für die beiden größten Bundesprogramme „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ noch 62,5 Millionen Euro bereit, so sind es für das Jahr 2023 schon 182 Millionen Euro. Gefördert werden ganz unterschiedliche Projekte:

Beispielsweise pädagogische Formate gegen Hass im Netz, Projekte für mehr politische Bildung und Teilhabe, Angebote gegen Ausgrenzung in Ausbildung und Beruf, Beratungsstellen im Bereich islamistischer Extremismus oder präventiv-pädagogische Angebote für inhaftierte jugendliche Straftäter\*innen.

Die geförderten Projekte und Programme sollen auch weiterhin wissenschaftlich begleitet werden, um sie auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu prüfen.



**Meine Rede im Bundestag**

... in der Aktuellen Stunde „Freiheit statt Verbote – den mündigen Bürger stärken“.





Wir reformieren das Wahlrecht

## Wir verkleinern den Bundestag

Auf mittlerweile 736 Abgeordnete ist der Deutsche Bundestag angewachsen. In unserem Ampel-Koalitionsvertrag haben wir uns das Ziel gesetzt, die Zahl der Abgeordneten dauerhaft zu begrenzen. In dieser Woche berieten wir die Wahlrechtsreform abschließend im Bundestag und setzen damit dieses maßgebliche Vorhaben unseres Koalitionsvertrages um. Die Reform wurde seit langem gefordert, scheiterte aber in vergangenen Legislaturperioden immer wieder an der CDU/CSU.

Das Wahlrecht ist in unserer parlamentarischen Demokratie ein hohes Gut, politisch wie rechtlich. Jede Reform muss rechtssicher und fair sein. Unserem Vorschlag ging ein intensiver und offener Diskussionsprozess voran, in den auch Ergebnisse der öffentlichen Anhörung im Bundestag am 6. Februar 2023 eingeflossen sind.

Künftig wird die Regelgröße des Bundestages 630 Sitze betragen. Es wird keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr geben. Damit ist sichergestellt, dass der Bundestag nicht wie in den vergangenen Legislaturperioden immer weiter anwächst. Es bleibt bei 299 Wahlkreisen, dazu kommen 331 Listenplätze. Wir erhöhen die Regelgröße also moderat um 32 Sitze von 598 auf 630 Sitze. Damit wird sichergestellt, dass mehr direkt gewählte Kandidierende ins Parlament einziehen können und weniger Wahlkreise unbesetzt bleiben.

Vorgesehen ist weiterhin eine einfache 5-Prozent-Hürde, die für alle Listen und Parteien gilt. Einzige Ausnahme sind Einzelbewerber\*innen, die ohne Parteibindung in Wahlkreisen erfolgreich sind. Die Grundmandatsklausel fällt also künftig weg. Bislang hat diese dazu geführt, dass Parteien bei drei gewonnenen Direktmandaten bei der Sitzverteilung entsprechend ihres Zweitstimmenergebnisses berücksichtigt wurden, auch wenn dieses unter fünf Prozent lag. Des Weiteren wird die Bezeichnung „Erststimme“ und „Zweitstimme“ beibehalten.

Wir schaffen eine wirksame Verkleinerung des Parlaments, die sicherstellt, dass die Kontrollfunktion und Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages weiterhin gewährleistet bleibt. Mit dieser Reform stärken wir auch die demokratische Legitimität und zeigen erneut, die Ampel kann Reformen angehen und umsetzen, auch solche, die uns betreffen.

736



630



## Kitaplätze

# Längere Fristen bei der Beantragung von Mitteln für Kita-Ausbau

2020 hat die damalige Bundesregierung das „5. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung“ im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets beschlossen. Ziel des Bundesprogramms ist die Schaffung von 90.000 neuen Betreuungsplätzen in Kitas und in der Kindertagespflege. Durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine kam es zu Verzögerungen bei den geplanten Bauvorhaben. Vor diesem Hintergrund sind die Fristen zum Abschluss der Investitionen und zum Mittelabruf entsprechend zu knapp, um die Programm-ziele vollständig umzusetzen.

In einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (den wir in dieser Woche in 2./3. Lesung berieten) ist vorgesehen, die Fristen für den Abschluss der geförderten Maßnahmen bis zum 31. Dezember 2023 sowie für den Mittelabruf durch die Länder bis zum 30. Juni 2024 zu verlängern. Zudem werden darauf aufbauende Fristenregelungen, insbesondere für Berichte, entsprechend angepasst. Dies entspricht einer Fristverlängerung von jeweils sechs Monaten.

Damit ermöglichen wir, dass die Finanzhilfen abgerufen und vollständig in den Ausbau der Kindertagesbetreuung investiert werden können. Um die Fristen zu verlängern, ändern wir das Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (KitaFinHG) und das Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz (KBFG).

Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)



## Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:  
[https://twitter.com/Timon\\_Gremmels](https://twitter.com/Timon_Gremmels)

[fb.com/TimonGremmels](https://fb.com/TimonGremmels)  
 [instagram.com/gremmels](https://instagram.com/gremmels)  
 [twitter.com/Timon\\_Gremmels](https://twitter.com/Timon_Gremmels)  
 [linkedin.com/in/timon-gremmels](https://linkedin.com/in/timon-gremmels)

Einmalzahlung an Studierende und Fachschüler\*innen

## Wir behalten Menschen in Ausbildung im Blick

Wir behalten Menschen in Ausbildung im Blick und entlasten auch sie in der Krise. Nach der Energiepreispauschale und zwei Heizkostenzuschüssen können deshalb jetzt alle Studierenden sowie Fachschüler\*innen 200 Euro digital beantragen. Wer das Geld beantragt hat, muss es dann auch schnell ausgezahlt bekommen. Das ist wichtig, weil viele mit wenig Geld auskommen müssen und sonst keine Unterstützung erhalten.

Dabei müssen solche Entlastungen wie die Einmalzahlung schneller ankommen. Ein halbes Jahr nach Ankündigung hat der Antragsstart zu lange gedauert. Zudem ist die Antragsstellung aufwendig. Das zeigt, dass wir hier besser werden müssen und auch für unsere Verwaltungsstrukturen ein neues Deutschlandtempo brauchen.“

Die Einmalzahlung können alle Studierenden beantragen, die zum 1. Dezember 2022 an einer deutschen Hochschule immatrikuliert waren. Das sind derzeit etwa 2,95 Millionen.

Anspruchsberechtigt sind auch 450.000 Fachschüler\*innen sowie Berufsfachschüler\*innen und in Bildungsgängen mit dem Ziel eines mindestens zweijährigen berufsqualifizierenden Abschlusses. Die Einmalzahlung kann online über [www.einmalzahlung200.de](http://www.einmalzahlung200.de) beantragt werden. Nötig sind dafür ein BundID-Konto sowie die Funktion des Online-Ausweises oder ein Elster-Zertifikat.



## 200 Euro Einmalzahlung für Studierende und Fachschüler\*innen

Die Einmalzahlung kann seit dem 15.03.23 online über  
[www.einmalzahlung200.de](http://www.einmalzahlung200.de) beantragt werden.





# KURZ NOTIERT

## 1 Mehr Steuertransparenz schaffen

In dieser Woche berieten wir einen Gesetzentwurf der Bundesregierung in 1. Lesung, mit dem wir eine EU-Richtlinie über die Offenlegung von Ertragssteuerinformationen umsetzen. Die Richtlinie gilt für Unternehmen, die entweder in der EU ansässig sind oder dort Tochterunternehmen oder Zweigniederlassungen haben und deren Erlöse in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren weltweit jeweils einen Betrag von 750 Millionen Euro übersteigen. Künftig soll es leichter nachvollziehbar sein, ob multilaterale und ertragsstarke Unternehmen und Konzerne auch dort Steuern zahlen, wo sie tätig sind. Deshalb sollen diese Unternehmen und Konzerne ihre Steuerzahlungen nicht mehr nur den Finanzbehörden mitteilen, sondern der Öffentlichkeit zugänglich machen. Dies leistet einen Beitrag zur Steuertransparenz und ermöglicht eine öffentliche Debatte. Neben der Richtlinienumsetzung sollen im Handelsbilanzrecht punktuell weitere Änderungen vorgenommen werden, so soll die Offenlegungspflicht erweitert und handelsbilanzrechtliche Bußgeld- und Ordnungsgeldvorschriften geändert werden.

## 2 Besserer Schutz für Whistleblower

In dieser Woche brachten wir Koalitionsfraktionen zwei Gesetzesentwürfe für einen besseren Schutz Hinweisgebender Personen in den Bundestag ein. Wir wollen Hinweisgebende (Whistleblower\*innen) im beruflichen Umfeld künftig umfassender schützen, da sie einen wichtigen Beitrag zur Aufdeckung und Ahndung von Missständen leisten. Vorgesehen ist unter anderem, berufliche Repressalien (wie

z.B. Kündigungen) aufgrund von Missstands-Hinweisen zu verbieten. Für die Meldung von Verstößen im Unternehmen oder in einer Behörde werden interne und externe Meldestellen eingerichtet, die auch anonyme Meldungen entgegennehmen können.

Mit den zwei Gesetzentwürfen haben wir nun einen neuen Anlauf genommen, da das im Dezember 2022 vom Bundestag verabschiedete Hinweisgeberschutzgesetz nicht die Zustimmung des Bundesrats fand. Der Großteil der Regelungen, die der Umsetzung der Hinweisgebendenschutz-Richtlinie der Europäischen Union dienen, ist nun in einem nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf zu finden. Der Entwurf „zur Ergänzung der Regelungen zum Hinweisgeberschutzgesetz“ legt darüber hinaus fest, dass die Regelungen auch für Landesbeamt\*innen gelten sollen, was die Zustimmung des Bundesrates erforderlich macht.

## 3 Sanktionenrecht im Strafgesetzbuch reformieren

Das Sanktionenrecht soll reformiert und an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Deshalb brachte die Bundesregierung in dieser Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag ein. Auch Resozialisierung, Prävention und der Schutz vor Diskriminierungen sollen damit gestärkt werden.

In den letzten Jahrzehnten sind Ersatzfreiheitsstrafen (das heißt: Freiheitsstrafen, die verhängt werden, wenn Geldstrafen nicht bezahlt wurden) konstant angestiegen. Um

*Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>*



# KURZ NOTIERT

Fortsetzung >>>

den Strafvollzug zu entlasten, sollen diese substanziell reduziert werden: Künftig soll dann bei einer nicht bezahlten Geldstrafe pro zwei verhängten Tagessätzen nur noch ein Tag Freiheitsstrafe fällig werden, derzeit ist das Verhältnis eins zu eins. Auch ergänzende Maßnahmen, wie Sozialarbeit, sollen dabei helfen, Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden. Wir werden uns im parlamentarischen Prozess für eine noch bessere Unterstützung bei der Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen einsetzen.

Sowohl die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen innerhalb von Partnerschaften als auch von Hassreden ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Klargestellt wird durch den Gesetzentwurf, dass „geschlechtsspezifische“ sowie „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Tatmotive zu höheren Strafen führen.

Deshalb werden diese künftig ausdrücklich als Umstände genannt, die bei der Strafzumessung zu berücksichtigen sind. Die Gesetzesänderung soll auch eine angemessene Bestrafung von Femiziden befördern. Wird eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist, muss dies als Femizid anerkannt werden und regelmäßig als Mord aus niedrigen Beweggründen bestraft werden.

Patriarchale Besitzansprüche und frauenfeindliche Vorstellungen von geschlechtsbezogener Ungleichwertigkeit müssen bei der Feststellung von niedrigen Beweggründen

erkannt und benannt werden. Die Bewertung als Mord darf nicht durch opferbeschuldigende Argumentationsmuster unterlaufen werden.

Weiter soll im Maßregelrecht enger gefasst werden, unter welchen Voraussetzungen die Unterbringung von suchtkranken Straftäter\*innen in einer Entziehungsanstalt angeordnet werden kann.

Die Entziehungskliniken sind massiv überlastet und für tatsächlich suchtkranke Straftäter\*innen fehlen Therapieplätze. Es droht, dass diese freigelassen werden müssen, weil für sie kein Klinikplatz frei ist. Durch die Reform soll sich die Unterbringung wieder stärker auf behandlungsbedürftige und -willige Straftäter\*innen konzentrieren.

Da ambulante Therapien Rückfälle reduzieren können, wird darüber hinaus die Möglichkeit einer Therapieweisung, beispielsweise für eine Bewährungsaussetzung, ausdrücklich eröffnet.





Baubeginn der neuen SMA-Gigawattfabrik am Sanderhäuserberg in Niestetal

## Bekenntnis zu Nordhessen – Energiewende schafft Arbeitsplätze



Die Energiewende schafft zukunftsfähige 200 neue Arbeitsplätze in unserer Region. Der klare Beschluss der Ampelregierung, den Photovoltaikzubau in Deutschland in den nächsten Jahren von derzeit 8 Gigawatt auf 22 Gigawatt nahezu zu verdreifachen gibt der Solarwirtschaft die notwendige Planungssicherheit.

Dass ein weltweit agierendes Unternehmen wie SMA ein

klares Bekenntnis zum Standort Nordhessen abgibt, ist ein nicht zu unterschätzendes Zeichen.

Jetzt gilt es, schnell weitere Dach- und Freiflächen für den weiteren Zubau auszuweisen. Die geplanten Solarpakete der Bundesregierung werden den Ausbau der Photovoltaik weiter beschleunigen.



**Meine Rede im Bundestag**

[... zum Stromversorgungssicherungs-  
gesetzes.](#)



Weltfrauentag – 08.03.2023

## Gleichstellung verwirklichen – Demokratie stärken

Weltweit erstarken rechtspopulistische und antifeministische Bewegungen – auch in Deutschland. Diese bedrohen hart erkämpfte Rechte, wie bei der reproduktiven und sexuellen Selbstbestimmung. Die Antwort darauf muss eine moderne Gesellschaftspolitik sein, die Demokratieförderung und Geschlechtergerechtigkeit ganz oben auf die Agenda setzt. Und genau das machen wir: Unser Koalitionsvertrag steht für eine starke Demokratie und eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Der Entwurf des Demokratiefördergesetzes ist bereits im parlamentarischen Verfahren. Ziel ist eine verlässliche und bedarfsorientierte Förderung von Projekten, die Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt fördern und Projektträger\*innen mehr Planungssicherheit gibt. Wer die Demokratie stärkt, stärkt auch Geschlechtergerechtigkeit – und umgekehrt.

Das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung werden wir weiter stärken. Eine Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin wird in Kürze starten und Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafrechts prüfen. Aus unserer Sicht sollte die Regulierung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht im Strafgesetzbuch geregelt werden. Zudem werden wir sogenannten Gehsteigbelästigungen vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen einen gesetzlichen Riegel vorschieben.

Indikatoren für die Gleichstellung der Geschlechter sind die geschlechtsspezifische Lohn- und Rentenlücken – diese wollen wir schließen. Hierfür braucht es eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit. Dieser werden wir u.a. durch die Einführung einer zweiwöchigen vergüteten Partnerfreistellung nach der Geburt eines Kindes und verbesserte Elterngeldregelungen näherkommen.



Foto © Paul Alexander Probst

Auch international stellen wir uns neu auf: Mit den Konzepten der Bundesregierung für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik stellen wir Rechte, Repräsentanz und Ressourcen für Frauen und marginalisierte Gruppen weltweit in den Mittelpunkt. So stärken wir Teilhabe und Gerechtigkeit für alle. Voraussetzung für eine moderne und offene Gesellschaft ist die Gleichstellung der Geschlechter. Dafür machen wir uns stark.



Wirtschaftsförderung Region Kassel – Fahrzeugindustrie wandelt sich

## Transformationsnetzwerk Region Kassel gegründet

3,1 Mio Euro fließen in die Region Kassel für den Umbau zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilitätswirtschaft.

TRegKS – das ist der Kurzname für das Transformationsnetzwerk Region Kassel, das Arbeitgeber und Gewerkschaften, Bildungsträger, die Universität Kassel und die Wirtschaftsförderung Region Kassel (WFG) gegründet haben.

Die dynamische Wirtschaftsregion Kassel gründet ihre Stärke vor allem auf die Fahrzeugindustrie, halten die Netzwerkpartner in einer gemeinsamen Stellungnahme fest. Knapp die Hälfte der 186.000 sozialversicherungspflichtig

Ziel der Zusammenarbeit ist es, die Region Kassel zu einem nachhaltigen und innovativen Technologie- und Produktionsstandort für die Mobilitätswirtschaft mit klimafreundlichem Anspruch zu transformieren. Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Beschäftigung sollen langfristig gesichert und ausgebaut sowie Wohlstand erhalten werden.

Mit insgesamt 3,1 Millionen Euro fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) das Transformationsnetzwerk noch bis Mitte 2025 über das Förderprogramm „Transformationsstrategien für Regionen der Fahrzeug- und Zuliefererindustrie“. Im Auftrag von Stadt und Landkreis Kassel wird es durch die WFG koordiniert, als Partner kooperieren der Arbeitgeberverband HESSENMETALL Nordhes-

*„Die Region Kassel ist ein herausragender Automobilstandort, der allerdings mit seinen Komponentenwerken nicht ganz oben in der bundesweiten öffentlichen Wahrnehmung steht.*

*Darum stellte sich zunächst die Herausforderung, den Blick des Bundeswirtschaftsministeriums auf diesen großen Fahrzeugstandort zu lenken, um es dann für die Aufnahme unserer Region in das Förderprogramm „Transformationsstrategien für Regionen der Fahrzeug- und Zuliefererindustrie“ zu überzeugen.*

*Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter unserer Region konnte ich erfolgreich für die Unterstützung des Bundes werben, weil das Transformationsnetzwerk mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, Bildungsträgern und Universität sowie Stadt und Landkreis Kassel so breit aufgestellt ist. Die Region Kassel hat eine Größe und Struktur, in der es uns gelingt, Gemeinsamkeit herzustellen, um Erfolge zu erreichen.“*



Beschäftigten der Region arbeitet in dieser Branche. Doch diese Stärke dürfe nicht zur Schwäche werden, warnen die Netzwerkpartner. Denn die Mobilitäts- und Energiewende, zu der sich die Region bekennt, kann einen klassischen Fahrzeugstandort hart treffen. Die Wirtschaftsregion Kassel gehört zu den fünf Regionen Deutschlands, die am stärksten durch die Transformation in der Fahrzeugindustrie betroffen sind.

Um hochwertige Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region zu halten, wollen die Netzwerkpartner die Kompetenzen der Beschäftigten durch Vernetzung, Qualifizierung und Weiterbildung stärken.

Das Transformationsnetzwerk wird Unternehmen unterstützen, ihre Kompetenzen in der Produk-

tionstechnik an jenen Veränderungen auszurichten, die aus der Transformation hervorgehen. Ihnen soll dabei geholfen werden, zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und zu produzieren. Dazu zählen auch markt-

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



Fortsetzung: Transformationsnetzwerk Region Kassel gegründet

gerechte Anpassungen der Geschäftsmodelle durch Adaption neuer Technologien und geeigneter

Diversifizierungen. Das Transformationsnetzwerk bietet gerade kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), deren Ressourcen begrenzt sind, diese Unterstützung an.

„Die Projektphase bis 2025 ist für uns eine Lern- und Entwicklungsphase, um den begleitenden Transformationsprozess anschließend mit unserem neu erworbenen Wissen sowie den von uns entwickelten und erprobten Instrumenten zu verstetigen“, so die Netzwerkpartner.

Dafür soll in der Region zunächst ein Bewusstsein für den Wandel und die daraus

hervorgehenden Herausforderungen geschaffen werden. Gemeinsam mit möglichst vielen Partnern will das Netzwerk in der Region bis Ende 2023 eine Strategie und Pilotprojekte entwickeln, um diese anschließend umzusetzen.

Die stärkere Verzahnung von Wissenschaft und Forschung hin zu einer Technologie- und Wissensplattform werde das Entstehen von Modellprojekten in Zukunftstechnologien wie zum Beispiel Leichtbau, Wasserstoff oder Batterie- und Speichertechnik unterstützen.



Foto: © Wirtschaftsförderung Region Nordhessen

ENERGIEWENDE  
FIT FÜR DIE ZUKUNFT  
MOBILITÄTSWENDE

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

## Bildergalerie



Fotos © SMA



### Hubertus Heil bei in Niestetal

Vergangene Woche war Hubertus Heil zu Gast in Kassel – und besuchte bei dieser Gelegenheit auch SMA, um sich dort über Frauenförderung und Fachkräftesituation zu informieren.

Gemeinsam mit dem Bundesarbeitsminister tauschte auch ich mich dabei darüber aus, wie die Solarbranche dem Fach- und Arbeitskräftemangel begegnet, der durch den neuen Boom der erneuerbaren Energien noch einmal verstärkt wird.

### HIN.GEHÖRT mit Hubertus Heil bei in Kassel

Nach seinem Besuch bei SMA ging es für Hubertus Heil – und auch mich – in die documenta Halle zur Veranstaltung HIN.GEHÖRT. Bei dieser drehte sich alles um die Arbeitswelt von morgen.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

## Bildergalerie



### Aufrecht für die Demokratie

In der Nacht vom 4. auf den 5. März vor 90 Jahren haben sich Sozialdemokratie, Kommunist\*innen und ihnen nahestehende Bürger\*innen aus Ochshausen gegen die Machtübernahme der Nazis gestellt. 12 von Ihnen wurde in einer Racheaktion von den Nazis zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und in Arbeitslagern gesteckt. Sieben von ihnen erlebten das Kriegsende nicht. Die als „Ochshäuser Blutnacht“ in die Geschichte eingegangene Tat sollte uns Mahnung und Ermutigung sein, demokratische Werte immer wieder konsequent zu verteidigen. Denn nichts ist von Dauer. Der Geschichtsverein von Lohfelden weihte eine Gedenktafel ein, um an die aufrichtigen Demokraten zu erinnern.



### Zu Gast beim REWE-Markt in der Holländischen Straße

Grüne Dächer, die Abwärme der Kühlgeräte und Tageslicht nutzen:

Bei meinem Besuch im REWE Markt in der Holländischen Straße ging es u.a. um Green Building. Das heißt: Es ging um Nachhaltigkeit beim Supermarkt selbst – genauer beim Gebäude, seiner baulichen Konstruktion und der technischen Ausstattung. Kurz: Wie kann ein Supermarkt möglichst nachhaltig und ressourcenschonend gebaut und betrieben werden. So kann z.B. bis -5 Grad Celsius der Markt in der Holländischen Straße die Abwärme der Kühl- und Gefrierschränke genutzt werden.



### Besuch in den Agaplesion Diakonie Kliniken

Vergangene Woche besuchte ich die Agaplesion Diakonie Kliniken in Kassel. Dabei drehte es sich u.a. um die geplante Krankenhausreform.

### Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52  
✉ buero@timon-gremmels.de 📧 TimonGremmels  
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels